

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Petitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Petitzeile im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, drittel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Freitag
1
März

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Beilegung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Laufend 6.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 34 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Pb. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Bukarest, 28. Febr. (W. B.) Nichtamtlich. Seit dem Eintreffen der Abordnungen der Verbundmächte in Bukarest haben unveränderte Vorbereitungen mit General Avarescu stattgefunden. Gemäß einer bei diesen Besprechungen getroffenen Vereinbarung hatte der k. u. k. österreichisch-ungarische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Czernin am 27. Februar in dem von rumänischen Truppen noch besetzten Teile Rumaniens eine Unterredung mit König Ferdinand. Im Einverständnis mit den Verbündeten gab Czernin dem Könige die Bedingungen bekannt, unter denen der Verbund bereit wäre, mit Rumänien Frieden zu schließen. König Ferdinand erbat sich eine kurze Bedenkzeit, die ihm gewährt wurde. Von der Antwort des Königs wird es abhängen, ob eine friedliche Lösung möglich erscheint.

Berlin, 28. Febr. (Priv.-Tel. d. Zeff. Ztg.) Die Friedensverhandlungen mit Rumänien haben bis jetzt zu einem Ergebnis nicht geführt. Von deutscher Seite sind dabei irgendwelche territorialen Forderungen nicht gestellt, sondern unsere Forderungen sind lediglich wirtschaftlicher Art. Dagegen stellen Ungarn und Bulgarien territoriale Forderungen. Vom militärischen Standpunkt aus können die unsicheren Verhältnisse an der rumänischen Front nicht mehr lange anhalten. Es werden Vorbereitungen getroffen, daß nach Ablauf der den Rumänen gestellten Frist die militärischen Operationen sofort wieder aufgenommen werden können.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Berlin, 28. Febr. (Priv.-Tel. d. Zeff. Ztg.) Die Reise der nach Brest-Litowsk von den Russen entsandten Friedenskommission war unterwegs wiederholt verzögert, und zwar zunächst durch die zerstörte Brücke in der Gegend von Pskow und dann durch Schneeverwehungen östlich von Dünaburg. Es wird erwartet, daß die Kommission heute nachmittags um 2 Uhr in Brest-Litowsk eintreffen wird. Trotzli gehört nach neuen Meldungen nicht zu ihr. Geführt wird die Kommission von Sokolnikow und dem russischen Minister des Innern Petrowski. Auch Joffe wird wieder zu der Kommission gehören, ebenso der Admiral Altkotter und der Gehilfe des Landwirtschaftsministers Alexjew.

General Gröner in der Ukraine.

Berlin, 28. Febr. (Priv.-Tel. d. Zeff. Ztg.) Die militärischen Bewegungen im Osten, die rasch vorwärts schreiten, werden in der Ukraine unter dem Oberbefehl Linfingen von dem ehemaligen Leiter des Kriegsamt, General Gröner, geführt. Er leitet als Kommandierender General die dortige Bewegung unserer Truppen, sowie die Herstellung der Verkehrswege und die Vorbereitungen zur Aufnahme des Verkehrs. Zu der im Heeresbericht genannten großen Beute in Minsk sei ergänzend hinzugefügt, daß in Pskow 104 Lokomotiven und 1348 Eisenbahnwagen, darunter 704 beladene, in unsere Hände fielen.

Deutsch-ukrainische Gesellschaft.

Berlin, 27. Febr. (W. B.) Nach einem Vortrag, den Dr. Paul Rohrbach in Berlin hielt und dem auch Mitglieder der ukrainischen Abordnung beiwohnten, wurde auf Grund einer einstimmig angenommenen Resolution beschlossen, ungefähr eine Organisation zur Pflege der deutsch-ukrainischen Beziehungen zu gründen. Die Vorarbeiten für die demnächst ins Leben tretende Deutsch-Ukrainische Gesellschaft sind im Gange. Nähere Auskünfte vermittelt schriftlich bis auf weiteres der Ausschuß für die deutsche Ostpolitik, Berlin W., Rurfschloßstraße 101.

Oesterreich-Ungarn und Podolien.

Wien, 28. Febr. (W. B.) Zu der Meldung, daß der Gouverneur von Podolien die Unterstützung Oesterreich-Ungarns zur Bekämpfung der inneren Unruhen erbitten hat, betonen mehrere Blätter, Oesterreich-Ungarn habe sich bisher des Eingreifens in Podolien enthalten, allein der Hilferuf aus der Ukraine schaffe eine neue Lage, die unter Um-

ständen auch neue Entschlüsse notwendig machen könnte. Das Eingreifen Oesterreich-Ungarns könne um so mehr auf das Verständnis weiter Volkskreise rechnen, als durch die Herstellung von Ruhe und Ordnung in der westlichen Ukraine vor allem gesicherte Verhältnisse an unseren Grenzen geschaffen würden. Aber auch die Einfuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich-Ungarn würde erheblich erleichtert und gefördert werden. Es sei nicht zu übersehen, daß die Friedensverhandlungen mit Rumänien durch Klärung der Verhältnisse in dem benachbarten Podolien eine wünschenswerte Beschleunigung erfahren könnten.

Großes Hauptquartier, 28. Februar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Engländer setzten ihre Erkundungen an vielen Stellen der Front fort. Mit verstärkten Kräften stießen sie während der Nacht am Houthouster Walde und nördlich von der Scarpe nach heftiger Feuerwirkung vor. Im Nahkampf und im Gegenstoß wurden sie zurückgeschlagen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

und

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Erfolgreiche Unternehmungen bei Avocourt und Les Eparges brachten uns 27 Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Operationen nehmen ihren Verlauf. In Estland hat sich das 4. estnische Regiment zur Bekämpfung der das Land durchstreifenden Banden unserem Kommando unterstellt. In Minsk wurden 2000 Maschinengewehre und 56000 Gewehre eingebracht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wiener Generalstabsbericht vom 28. Febr.

Wien, 28. Febr. (W. B.) Amtlich wird verlautbart: An einzelnen Abschnitten der Piave-Front erhöhte Artillerietätigkeit.

Als Vergeltung für den italienischen Fliegerangriff auf die offene Stadt Innsbruck belegten eigene Flugzeuggeschwader in der Nacht zum 27. Februar Bahnhöfe und militärische Anlagen des Kriegshafens Venedig mit Bomben und erzielten hierbei zahlreiche deutlich beobachtete Treffer mit Brandwirkung.

Der Chef des Generalstabes.

Der Deutsche Reichstag

setzte am Mittwoch die erste Etatslesung fort. Abg. Wiemer (F. B.) stimmte den Erklärungen des Kanzlers zu und betonte, daß wir einen Verteidigungskrieg führten. Er hob besonders auch seine Genehmigung über das politische Programm des Vizekanzlers hervor. Abg. Stresemann (Nat.) erhoffte vom Frieden mit Rußland moralische Nachwirkungen, die uns den allgemeinen Frieden näher bringen würden. Er wies die beschämende Behauptung zurück, daß die baltischen Hilferufe in Berlin gemacht wurden und erhob Bedenken gegen die Kriegsziele des Kanzlers bezüglich Belgiens. Darauf wandte sich der Redner innerpolitischen Fragen zu.

Staatssekretär Solf erklärte, wir hätten nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir unsere Kolonien zurückhaben müßten, die für uns eine Lebens- und keine Luxusfrage seien. Lord George wollte Deutschland als Kontinentalmacht, Carlson als Industriemacht, General Smuts als Kolonialmacht vernichten. Der General versuchte seine Vernichtungsabsichten auch moralisch zu begründen. Die Offenheit des Generals enthüllte uns die englischen Pläne.

Abg. Bruhn (D. Fr.) verlangte Vorkehrungen im Osten gegen die Bildung einer polnischen Irredenta und Fürsorge für den Mittelstand. Abg. Haase (U. Soz.) behauptete, das Ultimatum an Rußland bedeute den vollen Sieg der Eroberungspolitik. Graf Hertling sei nur auf dem Auswege, Ludendorff diktiere. (Großer Lärm rechts.)

Als in vorgerückter Stunde der Abgeordnete Erzberger das Wort nahm und sich in einer glänzenden Rede zum

bereden Verteidiger der vielgeschmähten Friedensresolution des Reichstags und seiner Mehrheit aufwarf, flammte die Stimmung mächtig auf und es gab eine große Stunde. Er brachte eine Fülle von Material vor, um die von den Konservativen vermerkte Behauptung des Vizekanzlers v. Papen zu begründen, daß die ihnen nahestehenden alldeutschen Kreise den Burgfrieden gestört haben. Er dankte dem Vizekanzler unter dem stürmischen Beifall der großen Mehrheit des Abgeordnetenhauses, daß er auch nach seiner Berufung in die Regierung ein liberaler und freier Mann geblieben ist und als solcher Angriffe auf die Friedensresolution zurückgewiesen hat. Im einzelnen brandmarkte Erzberger die Nachschaffungen der „Ma“, das Aufkaufen von Zeitungen und die Agitation mit dem Geld der Schwerindustrie. Er geißelte im Zusammenhang damit die zahllosen Angriffe und Verleumdungen, denen er seit der Zeit ausgesetzt sei, wo er im Hauptauschuß des Reichstags nachgewiesen habe, daß eine Gruppe von Kohlen-, Stahl- und Chemikalienerporturen durch den Unterschied der Valuta 644 Millionen Mark auf Kosten der Allgemeinheit verdient habe. In der Forderung des gleichen Wahlrechts stellte sich Erzberger entschieden hinter den Vizekanzler. Er begründete in großen Zügen die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie, die das große Opfer der Parteipaltung im Interesse des Vaterlandes gebracht habe und schloß mit einem geradezu erquickenden Bekenntnis zum freizeitlichen Ausbau des Reichs, das die stürmische Zustimmung der großen Mehrheit des Hauses fand.

Herr Erzberger ist der Meinung, daß kein Gerichtshof der Welt die geschaffene Gestaltung der Verhältnisse im Osten verurteilen werde, wenn nur dem Selbstbestimmungsrecht der Randvölker, so wie es in Brest-Litowsk zugesagt ist, schnell und loyal Genüge geschehe. Herr Erzberger hat sich redlich bemüht, den Herren von rechts in deren Namen Herr von Hennebrand gestern wieder weitgehende Annexionspläne entwickelte, zu beweisen, daß innerhalb des Rahmens der vielgeschmähten Friedensresolution die Interessen Deutschlands durchaus zu ihrem Rechte kommen können, daß Deutschland, um wieder in die Höhe zu kommen, nur der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit und der Rückgabe seiner Kolonien und in Verbindung damit der Schaffung eines zusammenhängenden Kolonialreiches bedarf, wie es der Staatssekretär Solf heute darlegte. Daß Belgien in seiner Unabhängigkeit wieder hergestellt werden muß und daß Forderungen, wie sie gestern Herr von Hennebrand und heute Herr Stresemann aufgestellt haben, dem Programm des Reichskanzlers widersprechen, hat Herr Erzberger unter Hinweis auf die Friedensnote des Papstes dargetan.

Abg. Scheidemann (Soz.) stellt gegenüber einer Äußerung Stresemanns fest, daß er bei den interfraktionellen Besprechungen nicht gesagt habe, die Mehrheitssozialdemokraten hätten deshalb den Streik mitmachen müssen, weil ihre Anhänger durch den Terror der Unabhängigen dazu gezwungen worden seien. Die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums seien bereit, das zu bestätigen, und Herr Stresemann selbst habe sich inzwischen von seinem Votum überzeugt. Nach unerheblicher Debatte wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Berlin, 28. Febr. Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Landsberg (Soz.) begrüßt den Frieden mit Rußland, bedauert aber, daß das Ultimatum vom Geist der Verständigung nichts erkennen lasse. Immerhin schließe es eine Regelung der Verhältnisse im Osten im Sinne der Resolution vom 19. Juli nicht aus. In dieser Frage stimme die Sozialdemokratie den gestrigen Ausführungen des Abg. Erzberger zu. Zwingt man Rußland einen Gewaltfrieden auf, so würden es die Regierungen der feindlichen Länder sehr leicht haben, ihre Völker zur Fortsetzung des Krieges zu bestimmen. Man müsse außerdem an die Zeit denken, wo Rußland wieder erstarkt sein werde, und man müsse sich hüten, sich dieses erstarbte Rußland zum dauernden Feind zu machen. — Er gönne den Plänen jede Sicherung ihrer Stellung, aber sie müßten sich diese selbst besorgen. Deutschland könne nicht den internationalen Polizisten spielen. Der Redner ging zum Streik über und wandte sich gegen den Vorwurf, daß die Streikenden Landesverrat geübt hätten. Der Redner ersuchte die Regierung, den Gedanken einer Amnestie für diese Personen sowie überhaupt für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten zu erwägen.

Der Redner wies die Versuche der Konservativen zurück,

dem Reichstag das Recht zur Erörterung der preussischen Wahlrechtsfrage abzusprechen. Der Reichstag habe nicht nur das Recht, über das preussische Wahlrecht zu sprechen, sondern auch das Recht zu handeln.

Staatssekretär Wallraf rechtfertigte nochmals seine Haltung in der Streikfrage und seine Weigerung, die Streikenden zu empfangen. Er erklärte: Der Vorredner meinte, ich hätte die Forderungen der Arbeiter um so mehr bewilligen können, als ja die Forderungen der Arbeiter zum Teil mit den Zusagen der Regierung übereinstimmten. Gerade das aber mußte uns überraschen, daß der Streik zum Teil mit Forderungen begründet wurde, die von der Regierung bereits akzeptiert worden waren. Daß ich auf dem Boden dieser Forderungen stehe, versteht sich von selbst; es wäre doch wohl Sache der Führer der Arbeiter gewesen, ihnen das zu sagen. Er nahm ferner die Polizei bei ihrem Verhalten während des Streikes in Schutz.

Abg. Rieffer (N.) betonte noch einmal, daß die Reichstagsfraktion für das gleiche Wahlrecht in Preußen eintrete und an seinem Zustandekommen nicht zweifle.

Der Redner wandte sich dann Betrachtungen unserer Kriegswirtschaft und der wirtschaftlichen Kriegsverordnungen zu.

Abg. Köfide (konj.). Die Schulden des Reiches wachsen dauernd weiter an. Wir haben jetzt ein Defizit von fast drei Milliarden Mark und müssen uns fragen, ob wir bei weiterem Anwachsen überhaupt in der Lage sind, die Schulden zu decken, ohne unser Wirtschaftsleben zu gefährden. Hier wird die Resolution vom 19. Juli haltlos. Wir führen einen Verteidigungskrieg. Dazu gehört aber auch die Erhaltung der Integrität unseres Wirtschaftslebens. Um das zu erreichen, brauchen wir Kriegsentfaltung. Ich verstehe nicht, warum die Reichstagsmehrheit so an ihrem Beschluß klammert. Die Herren wissen ja auch gar nicht, wie lange die Reichstagsmehrheit in den Kriegszuständen noch zusammenhalten wird. Wenn Sie Herrn v. Odenburg vorwerfen, daß er vaterlandsfeindlich handle, dann müssen Sie auch vor Ihrer Lärre stehen bezüglich dessen, was Sie gestern über die Industrie gesagt haben. Berechtigt sind unsere Vorwürfe, die wir der Mehrheit machen, daß sie mit ihrer Politik den Krieg verlängert, während wir den Krieg verkürzen. (Gelächter bei der Mehrheit.) Seit dem Eingreifen der Mehrheit sind die Erfolge des Tauchbootkrieges in Frage gestellt worden, und deshalb hat die Kriegsstimmung nachgelassen. (Widerpruch links und Zusage: Das ist die Schuld v. Tirpitz!) Mit dem Friedensangebot haben wir uns entweder lächerlich gemacht oder gezeigt, daß wir an unserem Erfolg verzweifeln. (Gelächter links.) Was der Reichskanzler am Montag gesagt hat, ist auch wieder ein kleines Friedensangebot. England hat sich noch niemals durch die Kraft des Wortes zum Einlenken veranlaßt gesehen. Wenn es jetzt einlenkt, so danken wir es den U-Booten und der ganzen Kriegslage. Die Mitarbeit der Sozialdemokratie lehnen wir auch nicht ab. Aber wir lehnen die Herrschaft der Sozialdemokratie ab. Preußen hat das Recht, sich dagegen zu wenden, daß man sich von Reichswegen in seine inneren Verhältnisse einmischt. Der Redner spricht dann ausführlich über den Streik und erklärt, der Streikdanke sei in die Arbeiter hineingetragen worden. Nur eine feste Politik, die sich durch Streik und dergleichen nicht beeinflussen läßt, verpricht Erfolg. Wir haben das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung, daß sie den Krieg zu einem siegreichen Ende führen wird.

Abg. Dr. v. Schulze-Gaevernich (Fortf. v. Sp.) Auch das deutsche Volk führt einen Freiheitskrieg; wir führen den Krieg für das Weltgleichgewicht, damit die Welt nicht englich wird.

Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen liegt im Reichsinteresse. Wenn wirklich ein Volk dafür reif ist, so ist es das unsere. Ein Warnungszeichen war der letzte Streik, den wir entschieden verurteilen. Denn die Verschleppung der Wahlrechtsvorlage war zweifellos eine Ursache des Streiks. Dieser Krieg ist nicht nur ein Wirtschaftskrieg, er ist für die angelsächsische Welt auch ein Freiheitskrieg, er ist deshalb mit militärischen Mitteln allein nicht zu beenden. Man sagt, man wolle die heimkehrenden Krieger erst fragen. Aber bei dem bestehenden Wahlrecht kommen deren Stimmen ja gar nicht zur Geltung!

Der Redner tritt weiter für die Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen ein.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Erzberger und Köfide wird die Fortsetzung der Beratung auf Freitag vertagt.

Der Arbeitsplan des Reichstags sieht eine Unterbrechung der Vollsitzungen vom 2. März dieser Woche bis zum 12. März vor, damit der Hauptausschuß zur Durchberatung des Etats Zeit erhält. Die Osterpause dauert vom 23. März bis 10. April.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 28. Febr. Gestern wurde die Novelle zum Handelskammergesetz beraten und dieselbe der Handels- und Gewerbekommission überwiesen. Heute folgte die Beratung des Justizetats und des Etats des Ministeriums des Innern, die beide angenommen wurden.

Erhöhung der Kriegsteuerzulagen.

Berlin, 28. Febr. (W. B.) Die unter dem Vorsitz des Abgeordneten Meyer-Herford tagende interfraktionelle Konferenz des Reichstages für Beamtenfragen ist zu einem vorläufigen Abschluß ihrer grundsätzlichen Beratungen gelangt. Sie hat sich einstimmig für eine allgemeine Erhöhung der laufenden Kriegsteuerzulagen erklärt. Die Vertreter der verbündeten Regierungen haben sich grundsätzlich ebenfalls für eine allgemeine Erhöhung ausgesprochen. Hinsichtlich des Maßes der Erhöhungen sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Meldepflicht für gewerbliche Kohlenverbraucher

Berlin, 27. Febr. (W. B.) Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat durch die im Reichsanzeiger vom 20. Februar veröffentlichte Bekanntmachung für die gewerblichen Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohlen, Koks und Bricketts monatlich eine erneute Meldung in der Zeit vom 1. bis spätestens 5. März vorgeschrieben.

Die Cholmer Frage.

Wien, 26. Febr. Die polnische Presseagentur erhält zur Cholmer Frage aus unterrichteten Kreisen Mitteilungen, in denen es heißt: Sollte es sich bei den Untersuchungen der gemischten Kommission tatsächlich ergeben, daß in den strittigen Gebieten eine polnische Majorität besteht, dann würde auch der endgültigen Festsetzung der Buglinie als Grenze zwischen Polen und der Ukraine nichts im Wege stehen.

Die Regierungsfolge in Mecklenburg-Strelitz.

Neu-Strelitz, 27. Febr. (W. B.) Eine Sonderausgabe der „Landeszeitung“ veröffentlicht zum Ableben des Großherzogs Adolf Friedrich eine Proklamation des Großherzogs Friedrich von Mecklenburg-Schwerin, in der es heißt: In Ansehung der jetzt veröffentlichten Regierungsfolge bedürfen verschiedene Tatsachen noch einer sicheren, objektiven Klärung, das Wohl des Landes gestattet jedoch keine Unterbrechung der Regierungstätigkeit. Auf Grund der Hausgesetze und Verträge haben wir deshalb als nächster Agnat die Regierungsgewalt im Großherzogtum übernommen. Alle Beamten und Kommissarien werden in der vom Staatsministerium gegengezeichneten Proklamation bestätigt.

Tagung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

München, 28. Febr. Ministerpräsident v. Dandl begibt sich heute zu einer Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten nach Berlin.

Wechsel in der Leitung der Presseabteilung des Kriegsministeriums.

Berlin, 28. Febr. Major Grau, der Leiter der Presseabteilung des Kriegsministeriums, hat aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied genommen. Als Nachfolger des Herrn Major Grau wird Major Dobbert die Leitung der Presseabteilung übernehmen.

Das Frauenstimmrecht in Schweden.

Stockholm, 27. Febr. (W. B.) Die Regierung legte dem Reichstage eine Vorlage über das Frauenstimmrecht und die Wahlbarkeit der Frauen vor, die mit den Männern vollkommen gleichgestellt werden.

Kleine Kriegsnachrichten.

In Polen hat der Regimentsrat ein provisorisches Kabinett bestätigt, an dessen Spitze Bonikowski steht.

Das serbische Kabinett ist, da es in der Stupschina nur eine geringe Mehrheit erhielt, zurückgetreten.

10 Milliarden Familienunterstützung.

Die Aufwendungen an Unterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer befinden sich in dauerndem Steigen. Das ist eine Folge des fortgesetzten Ausbaues der Fürsorge. Bei Kriegsbeginn wurden die Mindestsätze, die der Staat trägt, für eine Ehefrau von 6 auf 9 Mark monatlich im Sommer, und von 9 auf 12 Mark im Winter, und für jedes Kind von 4 auf 6 Mark erhöht. Vom November 1915 an betragen die Sätze 15 Mark für eine Ehefrau und 7,50 für eine sonstige anspruchsberechtigte Person. Im November 1916 wurden diese Beträge auf 20 und 10 Mark erhöht. Die zuletzt ergangene Verordnung vom 2. November 1917 stellt den Gemeinden eine weitere Erhöhung anheim und sichert die Erstattung der neuen Zulagen bis zu monatlich 5 Mark vom Reiche zu. Daneben ist auch fortgesetzt der Kreis der Unterstützungsberechtigten erweitert worden. So soll z. B. die Unterstützung noch 3 Monate über den etwaigen Tod des Kriegsteilnehmers oder über seine Entlassung mit Rente hinaus, sonst bei seiner Rückkehr in die Heimat noch den folgenden halben Monat, bezahlt werden, ferner sollen die unehelichen Kinder, die Pflegekinder und noch verschiedene andere Angehörige des Einberufenen unterstützt werden.

Die zu Lasten des Reiches gezahlten Unterstützungen erhöhten sich von 26 Millionen Mark im August 1914 auf 93 Millionen Mark im August 1915, 128 Millionen Mark im August 1916 und 177 Millionen Mark im August 1917. Bis zum 1. Oktober 1917 wurde der Gesamtbetrag von 4579 Millionen Mark ausbezahlt.

Die Zuschüsse der Gemeinden sind in ihrem Gesamtbetrag noch nicht festgestellt. Im einzelnen weichen sie ganz erheblich voneinander ab. Während in den kleinen Orten die Zuschüsse ganz gering sind und sich häufig nur auf Mietsbeihilfen erstrecken, betragen sie in den Großstädten meist 100 bis 300 v. S. der staatlichen Mindestsätze. Das sind für die Gemeinden oft recht hohe Aufwendungen, deren Summen durchweg im Wege des Kredits, meist durch Anleihen flüssig gemacht worden sind. Um den Gemeinden die Zuschußpflicht zu erleichtern, haben sowohl die einzelnen Bundesstaaten als auch das Reich Beihilfen vorgegeben. Das Reich gewährt Beihilfen zu der Fürsorge auf Rechnung der Gemeinden aus dem sogenannten Wohlfahrtsfonds, der im Laufe des Krieges von monatlich 10 auf 40 Millionen Mark erhöht wurde.

Die Zahlungen für das Reich (die Mindestsätze) sollen

nach dem Familienunterstützungsgesetz erst nach Beendigung des Krieges erstattet werden. Seine lange Dauer führte jedoch dazu, den Gemeinden Abschlagszahlungen zuzubilligen. Bis jetzt haben sie in zwei Posten den Betrag von etwa einer Milliarde erhalten. Da man den Betrag den die Gemeinden aus eigenen Mitteln zuschießen auf reichlich ebenso hoch wie die Staatsunterstützung schätzen kann, so ist die bis Ende September 1917 insgesamt gezahlte Familienunterstützung auf annähernd 10 Milliarden Mark zu beziffern. Jedenfalls eine gewaltige, bei Ausbruch des Krieges nicht geahnte Summe.

Großfeuer in Karlsruhe.

Karlsruhe, 28. Febr. (W. B.) In dem Hause der Museums-Gesellschaft, in dessen Partieräumen sich das bekannte „Café-Museum“ befindet, brach heute Nachmittag nach 1 Uhr Großfeuer aus, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel. Das Feuer soll durch einen Kaminbrand entstanden sein. Ein Feuerwehrmann erlitt bei den Rettungsarbeiten durch Absturz in die Flammen den Tod. Zwei Feuerwehrleute erlitten Brandwunden.

Lokalnachrichten.

* Rönigstein, 1. März. Die Frankfurter Kammerspiele, die unter der Leitung des Herrn Alfred Haude, des bekannten Ehrenmitgliedes der vereinigten Frankfurter Stadt-Theater stehen, veranstalten am Sonntag, den 10. März, nachmittags 6 1/2 Uhr ein einmaliges Gastspiel. Zur Auf-führung gelangen zwei Operetten von Offenbach „Fortunio“ und „Die Verlobung bei der Laterne“, sowie das Lustspiel von Benedix „Eigensinn“. Es steht somit ein interessanter Abend in Aussicht.

* Als Geschworener für die am 18. März beginnende Schwurgerichtsperiode wurde auch Herr Hofphotograph Franz Schilling von hier ausgelost.

* Persönliches. Dem Herrn Regierungsrat Ulrici, früher in Homburg, ist vom 8. März ds. Js. ab die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Oberwesterwaldkreise übertragen worden.

* Am 28. Februar 1918 ist eine Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Eichen- und Fichtengerbinde erschienen, die an Stelle der bisher in Kraft gewesenen Bekanntmachung vom 20. März 1917 getreten ist. Durch die neue Bekanntmachung werden Höchstpreise für geschälte und ungeschälte Eichen- und Fichtengerbinde, auch soweit sie im fiskalischen Besitz oder Eigentum stehen oder aus dem Ausland eingeführt sind, festgesetzt. Die Höchstpreise sind gegenüber den vorjährigen Höchstpreisen erhöht worden. Die vollen Höchstpreise gelten jedoch nur bei Gerbinden, die nicht auf dem Stamm verkauft werden, und bei deren Lieferung die Vertragspartei bestimmte, in der Bekanntmachung besonders vorgeschriebene Lieferungsbedingungen vereinbart haben. Der Wortlaut der Bekanntmachung, die eine größere Anzahl für die beteiligten Kreise wichtiger Einzelbestimmungen enthält, ist im Kreisblatt einzusehen.

* Folgen der Papiernot. Im lieblichen bayerischen Oberland ist einem der Geduldsfaden wegen der Papiernot gerissen. Unter einer altbayerisch druckischen Überschrift sucht der „Miesbacher Anzeiger“ in derber und sehr deutlicher Weise die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Papiernot im Buchdruckgewerbe zu lenken und feingekennzeichnet im übrigen die Stimmung der Provinzpresse in bayerischer Urwüchsigkeit folgendermaßen: „Kaum dreiviertel Stunden von Miesbach entfernt befindet sich eine der leistungsfähigsten Papierfabriken Deutschlands. Dort ist Papier aufgeschapelt, soviel, daß damit verschiedene Tausend Zeitungen auf Lebensdauer versorgt werden könnten. Die Druckerei des „Miesbacher Anzeigers“ kann aber von der Papierfabrik am Baum kein Papier erhalten — oder nur einen Posten, der kaum einige Tage anhält. Dafür wird uns Papier zugewiesen von einer Gegend Deutschlands die ein halbes Tausend Kilometer entfernt liegt. Dieses Papier wieder kann wegen der Verkehrsschwierigkeiten nicht geliefert werden. Die Folge dieser wunderbaren Kriegswirtschaft ist, daß wir in Bälde, wegen Papiermangels, den Zeitungsbetrieb einstellen müssen, ebenso wird auch die Herausgabe des Amtsblatts in kürzester Zeit unmöglich sein. Nachdem der gute „Miesbacher“ dann noch einen Sad voll urkräftiger Trümpfe, die im norddeutschen Leserkreis nicht stehen, ausgespielt hat, schlief er: Hilfe, was helfen mag — durch Höflichkeit erhält man nichts, weniger kann man durch Grobheiten auch nicht erhalten.“

* Einstellung der Kriegsgefangenenpost mit Rußland. Mit Rücksicht auf die veränderten politischen Verhältnisse hat der Austausch von Kriegsgefangenenpost mit Rußland durch die Front eingestellt werden müssen. Da auch auf dem Wege über Schweden zurzeit keine Beförderungsgelegenheit nach Rußland besteht, können bis auf weiteres keinerlei Postsendungen an Kriegsgefangene in Rußland angenommen werden. Dasselbe gilt für die bisher über Schweden und Rußland beförderten Postsendungen an Kriegsgefangene in Rumänien.

* Hornau, 1. März. Ergänzend zu der in Nr. 33 gebrachten Notiz betreff. die Veranstaltung einer theatralischen Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten des Fonds zur Errichtung einer Gedächtnis-Kapelle des Helden und gestorbener Krieger, teilen wir heute mit, daß dieselbe am nächsten Sonntag abend 7 Uhr in der Gastwirtschaft „Zum Taunus“ von Jakob Schäfer stattfindet. Der Berichterstatter der in vorgenannter Nr. veröffentlichten Notiz hatte es versehentlich unterlassen, das Lokal zu erwähnen, weshalb uns keinerlei Schuld treffen kann, daß solches unterblieben ist.

Cronberg, 28. Febr. Wie die tierärztliche Untersuchung ergab, wurden die zwei Hunde der Wirtin des Kurhaus-Lazarett Kronthal, Hrl. Hölz, vergiftet.

Lufternährung.

Herr Karl Fischer, Rönigstein, Lehrer für Atmungstechnik, schreibt uns:

Viele Menschen unserer Zeit mögen es als Ironie bezeichnen, wenn ich von „Lufternährung“ zu sprechen wage. Sprichwörtlich heißt es, von der Luft allein kann man nicht leben. Allerdings, aber man sollte doch die hohe Bedeutung rhythmischer Tiefatmung und eine täglich bedingte Aufnahme reiner frischer Luft auf das Allgemeinbefinden nicht so sehr unterschätzen. Die Wissenden reden nicht, und die Redenden wissen es nicht, daß die Luft eine Nahrung, ja sogar die wichtigste Nahrung für den Organismus ist, denn sie hat den größten Nährwert unter den natürlichen Nahrungsmitteln. Es kommt hauptsächlich darauf an, wie man die Luft zu atmen pflegt. Unter 100 Menschen verstehen leider kaum drei richtig zu atmen! Die Hauptursache unzähliger Krankheiten ist unbewußt unrichtiges Atmen und die Hälfte aller Menschen sterben infolge Luftmangel oder gewohnheitsmäßig mangelhafter Atmung eines viel zu frühen Todes. Die Menschen atmen falsch, nicht tief und nicht genügend, gerade nur soviel um nicht zu ersticken. Die Hauptatmungs-muskulatur (Zwerchfell) findet man deshalb bei den meisten Menschen verkümmert. Die reine Luft ist ein Nahrungs- und Reinigungsprodukt erster Güte und arbeitet bei verständiger und intensiver Atmung uns Leib und Seele gesund. Der steigenden Zunahme der Tuberkulose dürfte sicher Einhalt geboten werden, wenn speziell alle Unterernährten sich den Ausgleich fehlender Kohlehydraten aus den vitalen, elektrischen und magnetischen Kräften der Luft und Sonnenstrahlen zu nehmen verstehen würden.

Die Beziehung zwischen der Kriegsernährungsfrage und der Atmung ist unserer heutigen Menschheit leider noch nicht genügend bewußt geworden. Es gehörte in unserem Unterrichts-System eingereicht und schon der Jugend mühte zum Bewußtsein gebracht werden, daß nicht durch etwaigen Ueberfluß an Nahrungsaufnahme erhöhte Kraft und Stoff erzeugt werden kann, sondern daß nur derjenige bleibenden geistigen und körperlichen Vorteil haben wird, welcher durch Mäßigkeit und Regelmäßigkeit im Essen und Trinken, nebst bewußter täglich gepflegter Tiefatmungsgymnastik diejenigen Kräfte seinem Körper täglich aufs Neue zuführt, welche ihm ein stetes Wohlbefinden und sonniges Alter sichern. Unzählige Menschen, meist ältere Leute, vorwiegend auch solche, die an eine eiweißüberreiche Nahrung gewöhnt waren, fühlen sich infolge der geänderten kriegsgemäßen Nahrung ermattet und entkräftet. Allen diesen Geschwächten sei gesagt, daß die größte Aufmerksamkeit unserer Hauptspeise der Luft (dem Atem) zu widmen ist. Die Büro-Menschen, Stubenhocker und hauptsächlich alle, welche beruflich von feuchter Luft abgesondert sind, mageren infolge der fettarmen Kost auffallend ab. Wüßten diese entkräfteten Menschen die große Wichtigkeit und den Segen der Lufternährung, daß insbesondere bei bewußter Aufnahme der Luft und durch täglich gepflegte rhythmische Atmung sich Lebenskräfte auf den Körper absorbieren, so könnten wohllich weit mehr die jetzigen Entbehrungen leichter und völlig schadlos für den Körper ertragen werden.

Der Atem ist die Triebkraft für die Lungentätigkeit, von welcher wiederum die Herzaktivität, die Blutzirkulation und das gesamte Wohlbefinden abhängig ist. Darum, atmet tief und viel, atmet Euch kräftig und gesund!

(Wohl nur wenige von denen, welche vorstehende Ausführungen mit etwas Aufmerksamkeit verfolgen, werden sich der in ihnen enthaltenen Wahrheit verschließen können. Aber noch viel weniger werden aus ihnen die richtige Nutzenanwendung ziehen, d. h. die gegebenen Ratschläge zum eigenen Wohlbefinden befolgen. Meist nur aus — Bequemlichkeit, viel weniger aus Unkenntnis und anderen Ursachen. Aber Bequemlichkeit und Unkenntnis liegen sich beim erwachsenen Menschen wohl bannen, wenn die Grundregeln der Hygiene und hierunter mit am ersten das richtige Atmen der Jugend schon in der Schule beigebracht würden, wenn die Atemgymnastik als obligatorischer Lehrgegenstand dem Turnunterricht in allen Schulen angegliedert würde. Dann würde später sicher wieder die Richtigkeit des alten Sprichwortes bewiesen: Jung gewohnt — alt gelang! zum Nutzen jedes einzelnen und zum Segen für die Gesamtheit des deutschen Volkes. D. Schr.)

Prozeß Philipp.

Wiesbaden, 28. Febr. Bei der weiteren Zeugenernehmung wird den drei Angeklagten, den Brüdern Philipp und dem Procuristen Wilhelm Fischer von einigen Leumundszeugen bestätigt, daß man sie ehrloser Handlungen nicht für fähig hält. Wichtige Aussagen machte der Vorsitzende der Handwerkskammer Wiesbaden. Die Kammer habe sich in Mainz beschwert, daß die Handwerksmeister des Bezirks bei der Vergebung der Aufträge vollständig leer ausgegangen. Sie sei von Hauptmann Philipp selbst abgewiesen worden, weil man darauf sehen müsse, daß die Herstellungsstelle Anschluß an das Bahnnetz habe, und weil

Brotzusatzkarten-Ausgabe.

Im Interesse einer ordnungsmäßigen Abwicklung der Dienstgeschäfte im Lebensmittelbüro auf dem hiesigen Rathaus wird hiermit angeordnet, daß die Brotzusatzkarten in der zweiten Woche der Brotkartenperiode vorm. von 8—10 Uhr auf Zimmer Nr. 4, abzuholen sind und zwar:

für Schwerarbeiter

am Dienstag für die Anfangsbuchstaben der Familiennamen A—G
„ Mittwoch „ „ „ „ „ H—L
„ Donnerstag „ „ „ „ „ M—Z
Wir bitten die vorstehende Reihenfolge genau einzuhalten, andernfalls Zurückweisung erfolgen muß. Bemerkung wird, daß Freitags und Samstags keine Zusatzkarten ausgegeben werden.

Rönigstein im Taunus, den 1. März 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

alle Aufträge fest vergeben seien. Als die Kammer sich dann beschwerdeführend nach Berlin gewandt habe, habe sie Aufträge in der erwünschten Menge erhalten. Auch recht hohe Preise seien zugestanden. Man habe in den beteiligten Kreisen angenommen, daß die etwas über die Norm hinausgehenden Preise nur deshalb bewilligt würden, weil man in Mainz die hohen Preise für die Maschinenfabrik Wiesbaden habe decken wollen. Während die Maschinenfabrik innerhalb acht Wochen für fast 4 Millionen Mark Aufträge auf Schurholz erhielt, wurde die Firma Gerster in Mainz selbst, die gut mit Holz eingebettet war, nur mit Aufträgen in Höhe von 250 000 M. in der gleichen Zeit bedacht. Ein inzwischen wegen Bestechung durch Lieferanten verurteilter Feldwebel vom Pionierpark Mainz sagte aus, Hauptmann Philipp habe sich den Einkauf einzelner Güter selbst vorbehalten, über die Bevorzugung der Maschinenfabrik Wiesbaden habe man sich keine Gedanken gemacht, von den an diese gezahlten Preisen sei in den Büros nichts bekannt gewesen.

Großes Hauptquartier, 1. März.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Nördlich von Boicapelle scheiterten nächtliche, nach starker Feuerwirkung unternommene Vorstöße englischer Infanterie. An der übrigen Front lebte die Artillerietätigkeit vielfach in Verbindung mit kleineren Erkundungsgescheften auf. Westlich von La Fere brachte eine Abteilung von einem Vorstoß über den Kanal einige Gefangene zurück. Ein feindlicher Luftangriff auf Kartrigt verursachte erhebliche Verluste unter der belgischen Bevölkerung.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Bei Chavignon drangen Sturmtruppen in die feindlichen Gräben und nahmen 10 Amerikaner und einige Franzosen gefangen.

In den frühen Morgenstunden lebte die Geschäftstätigkeit in einzelnen Abschnitten der Champagne auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Längs der ukrainischen Nordgrenze im Vordringen nach Osten, haben unsere Truppen den Dnjestr erreicht. Bei Rjetschiga stießen sie auf einen stark ausgebauten und vom Feinde verteidigten Brückenkopf. Stadt und Bahnhof wurden im Sturm genommen und einige Hundert Gefangene gemacht. In Moskau haben wir die Pripijet-Flotille — sechs Panzerboote, 35 Motorboote, sechs Lazarettboote — erbeutet.

Bei Jastow und Rastin wurde die Bahnlinie Riew-Schmerinka erreicht. Den südwestlich von Starokonstantinow im Kampf gegen feindliche Uebermacht stehenden polnischen Legionären eilten deutsche Truppen zu Hilfe. Gemeinsam wurde der Feind geschlagen.

Von der ukrainischen Regierung und Bevölkerung zum Schutze gegen feindliche Banden gerufen, sind österreichisch-ungarische Truppen in breiten Abschnitten nördlich vom Pruth in die Ukraine eingerückt.

Italienische Front.

Zu beiden Seiten der Brenta war die Kampftätigkeit tagsüber gesteigert.

Von der

Mazedonischen Front

nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 28. Febr. (W. B. Amtlich.) Im Mittelmeer wurden auf den Wegen nach Alexandrien, Port Said und Saloniki sechs Dampfer und zwei Segler von zusammen 22 600 Bruttoregistertonnen

versenkt. Die Dampfer waren tief beladen, zum Teil bewaffnet und stark gesichert.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Letzte Nachrichten.

Luftpost zwischen New York und Washington.

Basel, 1. März. Nach einer Washingtoner Havasmeldung wird die Luftpost offiziell am 15. April eingeführt. Sie wird den täglichen Dienst zwischen New York und Washington versehen.

Finland verlangt deutsche Hilfe.

Berlin, 28. Febr. (W. B. Reichamtlich.) Wie wir hören, haben die hiesigen Bevollmächtigten der finnischen Regierung ein offizielles Gesuch der finnischen Regierung um Hilfe an die deutsche Regierung übermittelt.

Unabhängigkeitserklärung Estlands.

Berlin, 1. März. Laut „Täglicher Rundschau“ erklärt eine Kundgebung des Stadtrats von Reval die Unabhängigkeit Estlands und die Bildung einer provisorischen Regierung. Kein estländischer Bürger solle an dem russisch-estischen Kriege teilnehmen.

Böhm-Ermolli marschiert in die Ukraine

Wien, 1. März. (Priv.-Tel. d. Frl. Jtg.) Die Entscheidung, ob der Bille des Kommissärs für das Gouvernment Podolien um Einmarsch österreichisch-ungarischer Truppen stattgegeben wird, ist bereits gefallen. Die Armee des Feldmarschalls v. Böhm-Ermolli hat den Vormarsch zur Reichsgrenze angetreten. In der Gegend westlich von Czernowitj besetzten österreichisch-ungarische Truppen jene Stellungen, die die Rumänen nach Abzug der ukrainischen Truppen inne hatten, als die Ukrainer, dem Friedensvertrag entsprechend, das österreichische Gebiet räumten. Der Vormarsch vollzog sich bisher ohne Widerstand.

Rumänien.

Basel, 1. März. Nach einer Pariser Havasmeldung dementiert das rumänische Pressebüro in formellster Weise die von den Deutschen in Bukarest herausgegebene Nachricht, wonach Peter Carp dem König empfohlen habe, abzudanken.

Verlegung des Organisationsbüros der internationalen Sozialistenkonferenz von Stockholm nach Bern.

Demnächst siedelt das gesamte Organisations-Büro der internationalen Sozialistenkonferenz, das beinahe ein Jahr lang seinen Sitz in Stockholm hatte, nach Bern über. Man will an einem neutralen Orte tagen, der wohl für die Sozialisten der westlichen Ententemächte wie auch für diejenigen der Mittelmächte leichter erreichbar und zugleich dem unmittelbaren Einfluß der bolschewistischen Propaganda ausgeht ist.

Ankunft von Austauschgefangenen in Holland.

Rotterdam, 27. Febr. (W. B.) Die Hospitalschiffe „Sunder“, „Zeeland“ und „Königin Regentes“ sind gestern abend mit 817 Austauschgefangenen hier angekommen.

Rücktritt des spanischen Kabinetts.

Madrid, 28. Febr. (W. B.) Reuter-Nachricht. Das spanische Kabinett ist zurückgetreten.

Sperrung der französischen Grenze.

Basel, 1. März. Wie aus Genf gemeldet wird, wird die französische Grenze Freitag mittag 12 Uhr gesperrt.

Von nah und fern.

Höchst, 1. März. Ein ganzes Warenlager von Gegenständen, die im Broner'schen Warenhaus in Frankfurt gestohlen sein sollen, wurde von unserer Polizei in einem Hause der Wehrstraße aufgefunden und beschlagnahmt. Eine Verkäuferin (St.), die lange Jahre hindurch bei der genannten Firma tätig war, soll die Sachen sich nach und nach bei Seite geschafft haben. Letztere repräsentieren angeblich einen Wert von weit über 1000 Mark.

Hattersheim, 28. Febr. Hattersheim begeht in diesem Jahre sein 900jähriges Ortsjubiläum. In 1018 zum ersten Mal in der Geschichte erwähnt, führte der Ort zunächst die Bezeichnung „Hendersheim“ und gehört unser Ort zu den ältesten Deutschlands. Bis 1595 gehörte Hattersheim zur Mutterkirche Odrisfel. Da dem Hause Nassau zugeteilt, blieb unser Ort katholisch. Odrisfel fiel zum Hause Henburg und wurde — der Religion des Landesherrn gemäß — evangelisch. 1132 fiel ein Teil an Kloster Johannisberg. Das Kloster Albeni erhob den Zehnten. Welches gab es in Hattersheim von 1140—1351. Wohl bis 1811 gehörten wir zum Amte Wallau, seitdem zum Amt Höchst. 1820 hatte Hattersheim nur 123 Familien und lange über diese Zeit hinaus war nur 1 Lehrer tätig. (Jetzt sind es 9.) Bekannt war Hattersheim durch die Hauptposthalterei zu Nassau's Zeiten, durch welche ein enormer Verkehr entstand. Auch die Fürsten des Hauses Nassau hatten hier Absteigequartier.

Städtische Taunusrealschule i. E. Königstein.

Das neue Schuljahr beginnt Dienstag, den 9. April 1918. Aufnahme von Schülern in die Klassen VI—VIII, bei genügender Anmeldung auch in VII (Behrplan der Realschule), von Schülerinnen in die Klassen VII—I (Lehrplan des Lyceums) und in die drei Klassen der Vorschule. Schüler und Schülerinnen, die aus der Volksschule in die VI. oder VII. Klasse eintreten, können ohne besondere Prüfung aufgenommen werden. Mündliche Anmeldungen werden täglich von 12—1, Samstags von 10—11 Uhr, schriftliche jederzeit entgegengenommen.

Der Leiter:

Dr. Rohr, Gymnasialoberlehrer.

für jedermann empfehlenswert

Rechnungs-Bloch.

Drei Größen, in je 25 oder 50 Blatt auf Pappe bequem zum Aufhängen geblokt, durchlocht zum Abreissen.

Feines Schreibpapier. Sauberster Druck eigener Werkstätte.

Druckerei Ph. Kleinböhl, Fernruf 44. Königstein. Hauptstr. 41

